

erschienen täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstraße 33.

Verkaufsstellen der Redaction:
Donnerstag 10—12 Uhr.
Sonntag 4—6 Uhr.

Bei zu spät eingelangten Bestellungen
kann nicht für die Redaction zum
Verkauf.

Wann immer der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Preise an Wochentagen bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 1/2 Uhr.

Zu den Abzügen für Auf. Annahme:
Otto Stern, Anwerthstraße 22.
Scheidt & Co., Rathhausstr. 15, p.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 55. Auflage 15,550.

Abonnementspreis viertel 4/2 Rthl.
incl. Belegblätter 5 Rthl.
durch die Post bezogen 6 Rthl.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegblätter 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter:
ohne Postbefreiung 30 Pf.
mit Postbefreiung 45 Pf.
Zusätze 50 Pf. Belegblätter 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis — Ladenpreis
nach höherem Tarif.
Kleinere unter dem Ladenpreis
bei Spaltzahl 40 Pf.
Zusätze sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postwechsel.

№ 55.

Montag den 24. Februar 1879.

73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Bei unserem Bauamt, Abtheilung für Hochbau, soll ein Hilfsarbeiter gegen eine monatliche Remuneration von 300 A angenommen werden.

Bezugnehmende Architekten, welche geneigt sind, sich um diese Stelle zu bewerben, wollen ihre Gesuche nebst Zeugnissen über ihre Tüchtigkeit bis zum

8. März d. J.
Nachmittags 6 Uhr auf unserer Amtskanzlei, Rathhaus, 1. Etage einreichen.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Baumgarten.

Höhere Schule für Mädchen.

Die Aufnahmeprüfung der auf Ostern d. J. für die Klassen VII—I. angemeldeten Schülerinnen findet

Donnerstag, den 6. März, Morgens 9 Uhr,
statt. Die Schülerinnen haben die Michaelis-Censur und, soweit dies nicht schon geschehen ist, Geburtschein und Impfchein mitzubringen.

Leipzig, den 14. Februar 1879.
Dr. W. Nöldeke.

Der Deutsch-Oesterreichische Handelsvertrag.

Berlin, 22. Februar. Nachmals war eine sechsstündige Sitzung des Reichstages erforderlich, um die Beratung des Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn zum Abschluss zu bringen. Das Ereignis des heutigen Tages war eine abermalige Rede des Abg. Delbrück. Vorher hatte der Abg. Dechelhauser mit einer auf lauter praktischer Erfahrung beruhenden Sachkenntnis das Verfahren unserer Handelspolitik in der im Großen und Ganzen bisher von ihr befolgten Bahn bekräftigt. Der Redner bezieht von seinem vermittelnden Standpunkte aus nicht, daß die Zollpolitik einzelnen leidenden Industriezweigen zu Hilfe kommen könne, aber entschieden verwarf er das Princip der allgemeinen Zollpflichtigkeit. Den Verzicht auf dasselbe bezog er als die unerlässliche Vorbedingung einer Verständigung, auf welche zu hoffen er noch nicht auszusagen habe. Der persönliche Ton dieses Wortes bestimmte auch den entschlossenen Vertreter der protectionistischen Bestrebungen, den Abg. v. Kardorff, zu einer im Ganzen recht maßvollen Entwidlung seines Programms. Einen größeren Theil seiner Ausführungen widmete er den Getreidefällen. Leider lag er dabei das Mißgeschick, wie durch die Einführung des Rolles, nach seiner Behauptung, der Preis des Getreides nicht gesunken und doch zugleich der leidenden Landwirtschaft Hilfe gebracht werden soll, ungeschickt. Der Abg. Delbrück begann mit einer Erwiderung der gegen vom Reichstagler ihm gewidmeten Höflichkeitserwägung und nahm sodann dem Redner gegenüber die Traditionen der preussischen Handelspolitik in Schutz. In gedrängten Zügen zeichnete er jene mit der Zollgesetzgebung von 1818 begonnene reformatorische Bewegung, die, später in Zollverein fortgesetzt, mit einer einzigen verhältnismäßig kurzen Unterbrechung in den vierziger Jahren sich ruhig und stetig weiterentwickelt hat bis auf die letzte Vergangenheit. Er wies nach, wie lediglich rein praktische Erwägungen und keineswegs doctrinäre Liebhaberereien die fortschreitende Herabsetzung der Tarifpositionen herbeigeführt haben, wie auch der Handelsvertrag mit Frankreich lediglich aus in der Sache selbst liegenden Gründen abgeschlossen wurde, während die politische Rolle des Vertrages, von welcher der Reichstagler gestern gesprochen, erst nach dem Abschlusse begann. Der zweite Theil der Rede bestand in einer glänzenden Widerlegung der Behauptung der Thronrede von der Erfolglosigkeit unserer Handelspolitik seit 1865. Die zu diesem Zwecke vorgebrachten zahlenmäßigen Beweise waren im ganzen Ganzen von durchschlagender Wirkung. Der Abg. Stumm glaubte alldenn die Gelegenheit benutzen zu müssen, um die Eisenquete-Commission wider die im preussischen Abgeordnetenhaus gegen sie gerichteten Angriffe zu verteidigen. Seitens der Deutschconservativen erklärte der Abg. v. Hellborn, daß sie sich ihre Stellungnahme zu all den angeregten Fragen bis zum Erscheinen concreter Regierungsvorschläge vorbehalten. Das Centrum hatte sich durch einen fractionsbeschränkten unerschütterlichen Schweigen angesetzt. In der Specialdiscussion kam es noch zu Debatten über Exportprämien, über Differentialtarife und über die Aufhebung der Beschlagnahme österreichischer Eisenbahnen, auch zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Richter-Hagen und Minister Hofmann über die Deutrarbeitung der öffentlichen Meinung. Im Uebrigen wurden sämtliche Artikel des Vertrages angenommen.

Nach dem Sitzungsberichte haben wir die folgenden Reden ausführlicher hervorgehoben:
Abg. Dr. Delbrück: Mein Name ist so oft genannt und so oft auf meine Ausführungen Bezug genommen worden, daß ich mich veranlaßt sehe, in der allgemeinen Debatte nochmals das Wort zu nehmen. Zweierlei möchte ich als persönliche Bemerkung voraussetzen: Ich werde mich nie bedenten, meine Reden aufzugeben und neue Wege zu gehen, wenn

es das Interesse des Landes erfordert, ich kann das, weil ich mehr Praktiker als Theoretiker bin. Zweitens: Wenn mir die sehr schwere Pflicht nicht erspart bleiben sollte, den Weg des Herrn Reichstanzlers auf wirtschaftlichem Gebiet verlassen zu müssen, so thue ich es mit schwerem Herzen, aber es soll in keiner Weise der Berechnung Abbruch thun, die ich vor dem Schöpfer unserer nationalen Einheit stets gehabt habe und stets haben werde. Zur Sache selbst! Dem Herrn Redner muß ich entgegen, daß auch vor der Gründung des Zollvereins schon Preußen eine besondere Zollpolitik haben konnte und tatsächlich gehabt hat, die preussischen Tarife von 1818 und 1821 waren eine eminent handelspolitische That zu einer Zeit, wo die Tarife der meisten Großstaaten von Verböten oder den fast gleichbedeutenden Bölen wimmelten. Der damals erscheinende preussische Tarif fand seiner Zeit Verzeihung da, er ließ alle Gegenstände einführen bis auf einige wenige monopolisirte. Die Eingangszölle bemas es so, daß ein leveller Handel möglich war. Mit gewissen Modifikationen ging dieser Tarif auf den Zollverein über. In den 40er Jahren trat dann die vom Abgeordneten für Oels (von Kardorff) hervorgerufene Reaction auf, die das bisherige Zollsystem, Materialien, Mehl, Eisen, Maschinen, Leinen- und Wollwaaren wurden befreit. Mit dem Anfang der fünfziger Jahre begann dann eine neue sehr interessante Phase. Es war im alten Tarif fast jede eingehende Waare als zollpflichtig bezeichnet, insbesondere auch Rohstoffe und Materialien für die Fabrication. Das lag ja auch finanziell nahe, es brachte große Einnahmen, ohne daß man es eigentlich merkte. Mitte der fünfziger Jahre merkte man es nun zuerst in England, daß die Systeme ein schädliches ist und daß es durch Verbesserung der aus einandergehenden und vertauerten Materialien hergestellten Gegenstände der inländischen Industrie den ausländischen Markt verschließt. Man antwortete deshalb die englische Industrie und auch der Zollverein kam zur gleichen Politik, weil wir eben ohne eine exportfähige Industrie nicht leben können. (Sehr wahr!) Diese Erkenntnis und die daran sich anschließenden Erwägungen bewogen den Zollverein, nicht mit einem Male freizulassen, aber allmählig dem englischen Beispiele zu folgen. Man setzte den früheren Zolltarif auf eine Controlabgabe herab, es wurde auch die Durchgangszölle aufgehoben, indem man sich von deren Undurchführbarkeit überzeugte. Sie war das Alercomplicirteste in dem ganzen Organismus des Zollvereins und thatsächlich nur etwa mit den Differentialtarifen der Eisenbahnen zu vergleichen. Wie complicirt diese Durchgangszölle waren, beweist schon der Umstand, daß für die bayerischen Routen allein ungefähr sechs Ausnahmestellen existierten. Die Aufhebung dieser Abgabe war eine That, die Abgabe war unmöglich geworden und erlosch somit. Für die öffentliche Meinung war das Alles von sehr geringem Effecte, es geschah allmählig und nicht mit einem Schlage. Der Tarif von 1866 brachte also nur ein schon seit 1851 mit Bewußtsein befolgtes System zum Abschluß, er schlug aber keine wesentlich neuen Bahnen ein. Bei dem Vertrage mit Frankreich waren politische Gesichtspunkte gar nicht maßgebend, sondern nur zwei andere, nämlich einmal, der deutschen Industrie in Frankreich Begünstigungen zu verschaffen, wie sie die englische schon besaß, und dann die bei Preußen bestehende Ueberzeugung von der Revisionbedürftigkeit des Zolltarifs. Es wurde mit Rücksicht auf letzteres eine Immediatecommission berufen, zu der auch ich gehörte, aber schon 1866 — also gar nicht im Zusammenhange mit dem französischen Handelsvertrage. Als wir mit Frankreich in eine Unterhandlung traten, war das kein politischer Act. Politisch war die Lage erst etwa zwei Monate vor dem definitiven Abschlusse des Vertrages; damals eröffnete Oesterreich einen ganz regelrechten Zollkrieg gegen uns, und hier trat der Herr Reichstanzler politisch in die Action. Ich sage das, um zu constatiren, daß zwischen meinen Ansichten und denen des Herrn Reichstanzlers kein Widerspruch vorhanden ist. Im Bezug auf den neuen Tarif von 1866 und die sich anschließenden Handelsverträge ist nun aber der Vorwurf erhoben, daher datire der wirtschaftliche Nothstand. Ich muß mich deshalb etwas beschäftigen mit dem Reultate seiner wirtschaftlichen Operationen. Es ist zweifellos erwiesen, daß ein Zollausfall von 15 bis 18 Millionen erfolgt ist, aber wie steht es dem gegenüber mit den Einnahmen? Diese sind gestiegen in sehr bedeutender Weise, und es ist wirklich das Ziel einer jeden Finanzpolitik glänzend erreicht, mit möglichst geringen Mitteln möglichst große Einnahmen zu schaffen. Wenn Herr Abgeordneter von Kardorff sich mit Mißtrauen äußern sollte gegen die Zahlen der öffentlichen Statistik, so muß ich diese ihm gegenüber doch in Schutz nehmen.

Früher glaubte man an die statistischen Zahlen wie an ein Evangelium, heute hält man wieder umgekehrt gar Nichts davon, aber die statistische Methode hat doch nur zum Theil auf meine Anregung wesentliche Verbesserungen erfahren. Ich kann die folgenden Zahlen als richtig bezeichnen und wähle Beispiele aus der Textilindustrie. Es kam in der ersten Periode vor der Tarifrevision auf je 100 Koyl 304 Pfund Einfuhr an Baumwollstoffen pro Jahr. Nach der Zollrevision stieg die Einfuhr auf 406 Pf., beim Flach von 61 auf 222 Pf., bei der Seide von 8 1/2, auf 18 1/2, und beim Wein gar von 43 auf 319 Pf., in der zweiten Periode. Ich kann diesem Zuwachs gegenüber es nicht gelten lassen, daß die wirtschaftliche Nothlage verschuldet sein soll durch diese wirtschaftliche Gesetzgebung. Denn überall, auch da, wo andere Systeme befolgt sind, zeigen sich dieselben Symptome des Nothstandes, so zum Beispiel in dem streng protectionistischen Amerika wie im freihändlerischen England. Ich muß also doch annehmen, daß der Nothstand auf ganz anderen Ursachen beruht, als auf dem System unserer handelspolitischen Gesetzgebung.

Abgeordneter Stumm betont, daß die Freihändler sich mit Unrecht so nennen, da sie die Einfuhr trotz der nicht freien Ausfuhr wollen; ebenso wenig aber würden die Schutzöllner richtig mit diesem Namen benannt. Was sie verlangen, sei lediglich Reciprocität. Demnach rechtlich ist das Verbot der Eisenquete-commission, deren Mitglied er bekanntlich gewesen, und die er gegen die im Abgeordnetenhaus ausgesprochenen Verdächtigungen verteidigt. Sachliche Angriffe gegen die Commission seien von keiner Seite erhoben; es handelt sich nur um persönliche Angriffe. Zunächst wurde gegen den Vorliegenden bemerkt, daß er in einer vertraulichen Mittheilung kurz vorher sich als Anhänger der Eisenquete bekannt hatte, wenn er auch von ihnen nicht viel praktischen Nutzen erhoffte. Aber wer sei denn überhaupt vollständig losgelöst von jeder politischen und wirtschaftlichen Meinung? Berufe man denn nur solche Leute, die gar kein Urtheil haben, auf solche Stellen? Das Einzige, was verlangt werden kann, sei die unbefangene Leitung der Geschäfte, und von diesem Gesichtspunkte aus weist Redner den Vorwurf der Parteilichkeit zurück. Was die Zusammenkunft der Commission betrifft, so waren nur zwei Mitglieder darin, die man als Schutzöllner bezeichnen kann; Herr v. Schöler und der Redner; zwei waren Freihändler: Herr Meyer und Geh. Rath Huber. Der Geschäftsführer Dr. Redding, welcher allerdings kein directes Stimmrecht hatte, war dem radicalen Freihandel ergeben und habe auf die Verhandlungen den erheblichsten Einfluß geübt. Die Beschlüsse seien einstimmig gefaßt, nur in einem Falle ist Majorisirung eingetreten, nämlich bei der Frage, wie der Bericht an den Bundesrath abgefaßt werden sollte. (Vizepräsident Freiherr Schenk von Stauffenberg unterbricht den Redner, weil er sich zu weit von der Sache entfernt; letzterer fährt darauf fort.) Da man der Commission sachlich nicht zu Liebe geben konnte, hat man sie persönlich verächtlich; alle Angriffe gegen sie lassen sich in derselben Art zurückweisen, wie ich es an einigen so eben gezeigt habe. (Beifall.)

Abg. v. Hellborn erklärt, daß seine Partei, wenn dem Hause die betreffenden Zollvorlagen ausgearbeitet sein werden, ihre Stellung zur Zoll- und Handelspolitik klarlegen werde; es handle sich für jetzt darum, die unfruchtbare Debatte nicht ins Unendliche zu verlängern. (Beifall.)

Die erste Beratung wird hierauf geschlossen, und nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Richter (Hagen) und Stumm sofort in die zweite Beratung eingetreten.

Bei Art. II., der die Weisbegünstigungsklausel enthält, verliert Abg. Richter (Hagen) nachzuweisen, daß solche Klausel ohne Tarifvertrag nur geringen Nutzen verspricht. Ohne das irgendwie mit uns verhandelt worden wäre, tritt in unseren Beziehungen zu Frankreich eine völlige Veränderung ein durch den Abbruch des österreichisch-französischen Handelsvertrages. Die ererbten französischen Hölle versehen gerade der Eisen-Industrie, speciell in meinem Wahlkreise, einen Schlag in demselben Augenblicke, wo Alles ihr zu helfen im Begriffe steht — also eine directe Folge der neuen Handelspolitik.

Abg. Dr. Hammacher: Daß wir mit Frankreich im Verhältnisse der Weisbegünstigung ohne Tarifvertrag stehen, ist das Bedenkliche oder Richtverdienliche des §. 11 des Frankfurter Friedens; die gegenwärtige Reichsregierung trifft also dafür keine Schuld. Uebrigens ist nunmehr unser Verhältniß zu Frankreich ein keineswegs befriedigendes.

Bundes-Bevollmächtigter Staatssecretar v. Bälou ist nicht in der Lage, eine bestimmte Auskunft über die Frage geben zu können, ob man mit Frankreich eine anderweitige Regelung der Handels-Verhältnisse anbahnen werde, hält es aber nach der durch den Abschluß mit Oesterreich von selbst geänderten Sachlage für sehr unwahrscheinlich.

Abg. Richter (Hagen) bedauert, daß demnach noch immer keine Aussicht auf die Rückkehr der Stabilität in unsere Industrie-Verhältnisse vorhanden sei; Niemand wäge es jetzt, irgend ein Geschäft in Deutschland zu machen; noch nie habe nach Bestehen der Deutschen Bank mehr bares Geld in ihrem Tresor gelegen, als Noten umlaufen.

Abg. v. Graf zu Stolberg hält dafür, daß von unserer Seite gegen diese Abmachung zwischen Oesterreich und Frankreich ein Recht zu machen sei.

Art. II. wird genehmigt.

Nach Art. III. sollen Exportprämien nicht gezahlt werden.

Abg. v. Kardorff fährt hierbei an, daß, wie eine Petition Breslauer Interessenten behauptet, in Oesterreich seit dem Inkrafttreten des Vertrages die Exportprämie auf Spirit auf 5 fl. erhöht worden ist. Von dem Moment hat unser Spirit-Export nach Italien vollständig aufgehört. — Solcher Vertragsverletzungen müsse man mit energischen Repressionsmaßregeln entgegenzutreten, wozu das Zollcartell genügende Handhaben biete.

Bundes-Commissar Geheimrer Rath Huber hebt dem entgegen hervor, daß nach den Ausgleichen in Oesterreich-Ungarn schon bezüglich der Export-Donifikationen für uns eine gewisse Besserung eingetreten sei. Wenn aber von Oesterreich unsere vertragmäßigen Rechte verlegt würden, so werde die deutsche Reichsregierung ihre Pflicht thun.

Abg. Richter (Hagen) schlägt vor, unversetzt die hohen Exportprämien auf Ruher zu beschränken.

Abg. von Kardorff hält das nicht für zweckentsprechend.

Cap. III. wird genehmigt.

Die principielle Hauptfrage sind nach der erschöpfenden General-Debatte erörtert; die weitere Debatte erstreckt sich zumeist auf specifisch-technische Fragen; es betheiligen sich daran die Abg. Dr. Hammacher, Richter (Hagen), Dr. Hammacher, v. Graf zu Stolberg (Haltendorf), Stumm, v. Kardorff, Freiherr Schenk von Stauffenberg, Herr v. Hapsfeld, sowie vom Bundesrathspräsident der Präsident des Reichstanzleramts und der Geh. Finanzrath Huber.

Bei Capitel 17, welches die Beschlagnahme von Eisenbahnmagazins als Faustpfand verbietet, erklärt Reichstanzler-Präsident Staatsminister Hofmann, daß bei einer etwaigen Erneuerung des Vertrages Deutschland die Aufnahme einer solchen Bestimmung in derselben Tragweite jedenfalls nicht wieder zulassen würde.

Der Handelsvertrag wird in allen seinen Capiteln und ebenso das Zollcartell genehmigt.

Schluß 6 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Dritte Lesung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages; Verkehr mit Nahrungsmitteln und Bekleidungsvertrag.)

Politische Uebersicht.

Leipzig, 23. Februar.

Der Kaiser hat am vergangenen Freitag — wie wir bereits gemeldet haben — eine Deputation seiner am weitesten nach Norden wohnenden Unterthanen empfangen, aber denen bisher das Damokles-Schwert der Annexion durch Dänemark hing. Dieses drohende Verhängnis ist vom Norden Schleswigs durch die Weisheit des Fürsten Bismarck abgemindert worden. Seine Majestät erwiderte in der Audienz auf die Ansprache der Nordschleswiger Deputation ungefähr Folgendes:

Er freute sich, die Deputation empfangen zu können, er bedauere, daß die Angelegenheit der Aushebung des Artikel V so lange habe auf sich warten lassen, ehe sie zur Abmachung gekommen; es seien jetzt die Umstände günstiger gewesen, um den durch einen längst beimgegangenen Souverain in den Vertrag gekommenen Baus aufzuheben. — Versuche zur Annäherung seien mehrfach gemacht worden, hätten aber zu keinem Resultat geführt; unter Anderem sei auch vorgeschlagen worden, deutsche Esclaven in Nordschleswig zu lassen. Er freute sich, daß die Sache jetzt abgemindert sei, und bitte, den dortigen Einwohnern seinen Gruß zu entbieten.

Die Audienz dauerte etwas über 10 Minuten. Der Kaiser unterhielt sich mit jedem der Deputirten auf das Feinseligste.

Die dänische Regierung ist durch die deutsch-österreichische Verständigung in die peinlichste Lage versetzt. Selbst das Königlich-dänische bei den „europäischen Mächten“ ist aufgegeben, denn die vor einiger Zeit verbreiteten Nachrichten über einen Protest Dänemarks gegen die Befestigung der Clausel des Art. V des Prager Friedens haben sich nicht bestätigt. Auch sonst ist das Ministerium nicht auf Rosen gebettet. — Die Vermählung des Herzogs von Cumberland mit der Prinzessin Thyra findet jetzt ein Nachspiel. Die Regierung hat beim Holstein den Antrag eingebracht, ihr eine Kasse von 120,000 Kronen zu bewilligen. Der Führer der Opposition, der Abgeordnete Berg, bemerkte dabei, wenn es sich lediglich um eine Brautaussteuer für die Prinzessin handle, so würde die Vorlage ohne Anstand einstimmig von der Kammer angenommen werden. Im vorliegenden Falle aber würde eine solche Bewilligung zugleich eine Billigung der Art und Weise enthalten, wie das Ministerium bei der fraglichen Vermählung den Interessen des Landes entsprochen habe. Man müsse also vorher völlige Klarheit haben über die ganze Haltung des Ministeriums bei dieser Gelegenheit.

Wir müssen auf die Breslauer Reichstagswahl nochmals zurückkommen. Justizrath Freund hat über 1400 Stimmen mehr erhalten, als sein socialdemokratischer Gegner; für den Pöteren wur-